Ausgabe 03/2021 | F 54017 | ISSN 1860-5648 | www.julis.de

JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

RICHTIG BOCK AUF ZUKUNFT!

Anzeige

VORTIV.DE
VOR ORT AKTIV

Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention

Hotline 08000 86 78 48

VORTIV – VOR ORT AKTIV

Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention

Gemeinsam sind wir stärker: Wir unterstützen Sie bei Ihrer Präventionsarbeit – aktiv vor Ort und digital. Auf www.vortiv.de finden Sie bundesweite Angebote, zahlreiche Materialien und den direkten Kontakt zur individuellen Beratung.

Besuchen Sie uns unter www.vortiv.de oder nutzen Sie unsere Beratungshotline 08000 86 78 48

www.vortiv.de

ALKOHOL? Kenn dein Limit.

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

PKV Verband der Privaten Krankenversicherung

THEMA Bundestagswahl

Arbeiterkinder in der FDP

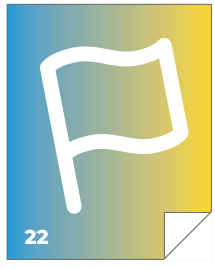
Glaubt man den typischen FDP-Klischees, passen Arbeiterkinder nicht so richtig zu einer liberalen Partei. Charline Kappes räumt in ihren Artikel mit den klassischen Vorurteilen auf.

Liberales Bürgergeld

Max Mordhorst zeigt auf, weshalb das Liberale Bürgergeld ein Sozialkonzept bietet, das nicht unterschätzt werden sollte.

Neustart in der Bildung

Unser Bildungssystem muss dringend reformiert werden. Anna Kryszan beschreibt, welche Schritte dabei besonders wichtig sind.



Flagge zeigen für Europa

Christoph Anastasiadis beschreibt auf unseren internationalen Seiten, warum wir den europäischen Gedanken auch auf kommunaler Ebene leben sollten.

INHALT 03/2021

Arbeiterkinder in der FDP	4
Liberales Bürgergeld	6
Zukunftskoalition	8
Buchrezension	10
Liberale Sportpolitik	11
Wir für Berlin	12
Neustart in der Bildung	14
Unsere Förderpolitik	16
Umweltschutz	18
Weltmeister mit Freiheit	20
EDITORIAL	3
INTERNATIONALE SEITEN	22
IMPRESSUM	23

CHEFREDAKTION

FRANZ MÄRTL *(22) studiert im 8. Semester Jura an der LMU in München. Neben dem Umweltschutz ist für ihn das Aufstiegsversprechen eine politische Herzensangelegenheit. Seine freie Zeit verbringt er mit einem guten Buch in der Hand oder auf einem Berggipfel. Du er- reichst ihn unter: franz.maertl@ julis.de*

EDITORIAL

Liebe JuLis,

spannende Zeiten, die ich mit den vergangenen sechs Ausgaben der jung+liberal begleiten durfte. Alles begann mit den ersten Anzeichen der Corona-Krise, wobei noch niemand den Umfang dieser Katastrophe auch nur ansatzweise erahnen konnte. Im weiteren Verlauf dieses Jahres feierten wir unser 40-jähriges Jubiläum und diesen Verbandshöhepunkt würdigten wir auch mit einer ganzen Ausgabe des j+l angemessen. Mein persönliches Highlight war die Ausgabe zur Verbandsdiversität, in der wir ganz offen diskutiert haben, wie wir den eigenen Verband auf dem Weg zum Liberalen Feminismus neu aufstellen und diverser gestalten. Im Anschluss stellten wir uns Anfang diesen Jahres die Frage, wer wir als Generation eigentlich sind und diskutierten den Status Quo im Bereich der Bürgerrechte in Deutschland in der darauffolgenden Ausgabe weitreichend.

Und jetzt schauen wir nach vorne: Richtig Bock auf Zukunft! Vor uns stehen richtungsweisende Wahlen und auch zahlreiche JuLis treten mit ihren politischen Herzensangelegenheiten zur Wahl an. Diese Anliegen diskutieren wir in dieser Ausgabe ausführlich: Vom liberalen Klimaschutz über Bildung im 21. Jahrhundert bis hin zu Wirtschaftspolitik und Menschenrechten! Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei einer Reihe von Personen bedanken, die mir immer mit Rat und Tat zur Seite standen und teils zu unmenschlichsten Uhrzeiten Anrufe entgegennahmen. Ohne die Unterstützung von Laura Schieritz und Carsten Repges wäre ich viele Male aufgeschmissen gewesen!

An dieser Stelle auch nochmal ein großes Dankeschön an Franziska Zimmerer für die fantastische Zusammenarbeit im Rahmen der ersten beiden Ausgaben. Ich kann mir nichts besseres vorstellen, als die Chefredaktion der jung+liberal an Leonard Kern-Wagner zu übergeben und ihm viel Freude mit der neuen Aufgabe zu wünschen!

Bis bald,

Dein Franz

ALS ARBEITERKIND IN DER FDP – FEHL AM PLATZ ODER GENAU RICHTIG?

Die neue Mitglieder-App der FDP zeigt es mir an: Ich bin seit fast 80 Monaten ein Teil der liberalen Familie. Mindestens genauso oft wurde ich bisher gefragt, wie „jemand wie ich" bei den Liberalen landen konnte. Mit „jemand wie ich" meint mein Gegenüber in der Regel: Jung, weiblich und aus einem Nicht-Akademiker-Haushalt. Besonders das letzte Attribut wird häufig hervorgehoben.

Als Tochter eines ehemaligen Stahlarbeiters und einer Sekretärin aus Duisburg würde mich die Gesellschaft wohl als Arbeiterkind bezeichnen, und auch ich schrecke vor der Verwendung dieser Beschreibung nicht zurück, gleichwohl mich einiges an der Begrifflichkeit stört. Schauen wir uns zunächst eine gängige Definition an: „Unter Arbeiterkindern werden, neben der reinen Wortbedeutung „Kinder von Arbeitern…", Kinder oder Jugendliche mit Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht verstanden, die über geringeres Einkommen, Ansehen und Bildungschancen verfügen."

Na, auch drüber gestolpert? Arbeiterkinder seien Kinder von Eltern, „die über geringeres Einkommen, Ansehen und Bildungschancen verfügen". Zu Ansehen und Bildungschancen kommen wir später noch, widmen wir uns doch erst einmal dem Einkommen, denn wenn wir ehrlich sind, fußt der Großteil der Vorurteile gegenüber Arbeiterkindern in der FDP auf dem materiellen und finanziellen Gegebenheiten dieses Hintergrundes.

Glaubt man den Klischees, besteht die FDP aus lediglich drei Personengruppen:

– den Juristen
– den Steuerberatern
– den Unternehmern.

Ich habe zur Darstellung des Vorurteils bewusst die rein männliche Schreibweise gewählt, denn wenn man dem politischen Mitbewerber so zuhört, rechnet keiner von ihnen damit, auch nur eine einzige Frau in unseren Reihen finden zu können. Das ist natürlich absoluter Schwachsinn.

Als Arbeiterkind passt man nicht in dieses Schema. Unsere Eltern sind Einzelhandelskaufleute, Mechaniker, Schweißer oder eben auch Stahlarbeiter. Wir müssen uns als Partei auch eingestehen, dass das Klischee des gut-situierten Parteimitglieds seinen Ursprung in der Vergangenheit der Freidemokraten hat und zumindest in Teilen auch heute noch berechtigt ist.

Fühle ich mich deshalb als Arbeiterkind unwohl in der Partei? Manchmal. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn andere über ihre zahlreichen Auslandsaufenthalte, von von verschiedenen Praktika oder der eigenen Wohnung neben dem Studium berichten, schweige ich. Nicht weil ich mich schäme, sondern weil ich schlichtweg nichts beizutragen habe. Als Familie mit einem Alleinverdiener hatten wir zu viel für BaFöG, aber nicht genug für all das andere. Ich bin mir sicher, viele von euch kennen das.

Fühle ich mich deshalb fehl am Platz in der FDP? Auf gar keinen Fall!

Schauen wir hierfür auf den zweiten Aspekt der oben genannten Definition – "geringeres (...) Ansehen". Genau hier trennt sich die Spreu vom Weizen. Arbeiterkinder hätten angeblich ein niedrigeres Ansehen als gleichaltrige Sprösslinge aus Akademikerfamilien. Ich halte diesen Aspekt für fatal falsch und bin den Vorwurf auch langsam leid. Wir Arbeiterkinder wollen kein Mitleid, wir haben nicht per sé eine schlechte Kindheit und leiden auch nicht unter unserer Herkunft. Das Gegenteil ist der Fall! Ich selbst bin voller Demut, Stolz und Respekt vor der Leistung meiner Eltern und derer anderer Arbeiterkinder. Häufig mit wenig Unterstützung der Großeltern-Generation oder finanziellen Kuschelkissen ausgestattet, haben unsere Eltern sich alles von Grund auf hart erarbeitet.

So oft schwärmen Menschen von Deutschland als Industrienation, als Exportweltmeister oder Produktionswunder höchster qualitativer Standards. Das geht auf das Erfolgskonto unserer Eltern. Arbeitern mit Fähigkeiten, von denen viele Angehörige unserer Generation heute nur träumen können. Kinder von Arbeitern wachsen mit bestimmten Werten auf. Man bringt uns früh bei, mit vorhandenen Mitteln zu haushalten, im richtigen Augenblick zu verzichten und hart zu arbeiten für eine bessere Zukunft. Leistung zu zeigen und für das zu kämpfen, was einem wirklich wichtig ist, denn das macht uns aus. Sind das wirklich Eigenschaften, für die man sich schämen, oder worunter das Ansehen leiden sollte? Nein. Und der entscheidende Punkt für die Vereinbarkeit dieser Basis mit dem politischen Liberalismus ist: Die FDP sieht das genauso.

Ein anderes hartnäckiges Vorurteil bezieht sich darauf, dass eine Parteimitgliedschaft bei den Freien Demokraten nicht mit dem Hintergrund eines Arbeiterkindes vereinbar sei. Mir wird vor allem von der politischen Linken häufig vorgeworfen, ich würde meine Herkunft verraten und dass sich meine Eltern für mich schämen sollten. Ein Kind, was abkommt vom rechten Weg, was die Werte einer sozialen Gruppe mit Füßen tritt. Die FDP sei keine Vertretung „kleiner Leute", sie schere sich nicht um „den einfachen Bürger oder Arbeiter". An diesen Behauptungen ist so viel falsch und sie sind so persönlich verletzend, dass es mich regelmäßig zur Weißglut treibt.

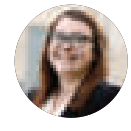
Christian Lindner hat einmal gesagt: „Wer von „kleinen Leuten" spricht, nimmt die Bürger nicht ernst, sondern entmündigt sie". Am liebsten würde ich dieses Zitat einfach so stehen lassen, verdeutlicht es doch zutiefst die DNA des Liberalismus und der FDP. Wir haben Demut, Stolz und Respekt gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Wir nehmen sie und ihre Belange ernst, wir machen und halten sie nicht „klein". Was die FDP aber auch erkannt hat, ist der dritte Aspekt der obigen Definition eines Arbeiterkindes: Niedrigere Bildungschancen. Wirft man hier einen Blick in das aktuelle Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten, findet man jedoch kluge Lösungsansätze.

„Bildung der Zukunft – Chancen für Aufstieg und Selbstbestimmung" lautet die Überschrift eines Kapitels. Was sich dahinter verbirgt, ist die dringend nötige Erneuerung des Aufstiegsversprechens. Aber will denn jedes Arbeiterkind die eigene Situation verändern? Nein. Muss jedes Arbeiterkind das wollen? Auf keinen Fall. Soll eine Veränderung denn möglich sein? Definitiv, und zwar für JEDEN. Hierbei spielt keine Rolle, ob deine Eltern Akademiker, Bezieher von Transferleistungen oder Arbeiter sind. Wer etwas verändern möchte soll auch die Möglichkeit dazu haben. Hierfür bedarf es einer starken Bildungsoffensive durch

– gesteigerte Investitionen,
– bundesweit vergleichbare Abschlüsse,
– qualitativ hohe Bildungsstandards
– gut ausgestattete Talentschulen,

um soziale Nachteile früh zu überwinden und auszuhebeln. Durch ein Midlife-BAföG soll auch eine spätere Umorientierung oder Weiterbildung problemlos möglich sein. Nicht nur als Arbeiterkind, sondern auch als Bundestagskandidatin kann ich diese Forderungen grenzenlos unterstützen. Wir müssen Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten nicht bemitleiden oder bevormunden, sondern strukturelle Unterschiede erkennen, akzeptieren und Alternativen aufzeigen.

Ein Arbeiterkind zu sein bedeutet Leistung wertzuschätzen, sowie Sparsamkeit und zielgerichtete Investitionen gleichermaßen zu leben. Die FDP ist genauso. Ich fühle mich deshalb nicht fehl am Platz, sondern genau richtig.



CHARLINE KAPPES (27) ist Wirtschaftswissenschaftlerin und arbeitet als Vertrieblerin in einem StartUp im Bereich der IT-Sicherheit. In diesem Jahr tritt sie zudem als Bundestagskandidatin in Duisburg an. Du erreichst sie unter *kappes@julis.de*.

DAS LIBERALE BÜRGERGELD

UNSER UNTERSCHÄTZTES SOZIALKONZEPT

Hartz IV ist zutiefst ungerecht: Es führt zu nicht hinnehmbaren sozialen Härten, bestraft diejenigen, die sich etwas dazuverdienen und ist viel zu bürokratisch. Diese Aussage erwartet der durchschnittliche Wähler von einer linken Partei. Von den heutigen Grünen und den Sozialdemokraten, die Hartz IV damals eingeführt haben, oder natürlich von der politischen Linken. Sie erwarten diese Aussage nicht von: den Freien Demokraten beziehungsweise den Jungen Liberalen. Dabei würde ich als Mitglied beider Organisationen dem voll zustimmen. Hartz IV muss weg – und durch eine neue, sozialere Alternative ersetzt werden. Mittlerweile sind sich fast alle relevanten Parteien mit Ausnahme der Union dieser Notwendigkeit bewusst. Doch was folgt daraus? Immer mehr Menschen betrachten das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als Allheilmittel für den Sozialstaat. Jeder bekommt eine bestimmte Summe X bedingungslos vom Staat. So gut wie alle Parteien sind dabei eher vorsichtig; und das zurecht. In Finnland hatte man es nämlich schon getestet: Mit 560 Euro bekamen die 2.000 zufällig ausgewählten Finnen relativ wenig Geld bedingungslos – sonst stehen meist eher 1.000 Euro im Raum –, dennoch schon eine ordentliche Summe dafür, dass keine Anträge, Verpflichtungen oder sonstiger Aufwand anfällt. Effekte gab es kaum: Zwar verbesserte sich die psychische und physische Gesundheit der Probanden leicht, dennoch ist der von den Befürwortern des BGE beschworene Kreativitätsschub, der jedem zu seiner Berufung verhelfen und intrinsische Motivation auslösen würde, schlicht und ergreifend ausgeblieben. Der Effekt auf die Beschäftigungssituation der Menschen war innerhalb der erwartbaren Varianz. Sechs Tage mehr Arbeit im Jahr, also keine wirkliche Auswirkung. Das Projekt wurde damit in Finnland erst einmal zu den Akten gelegt. Zu dem folglich zurecht bezweifelbaren Effekt auf die Beschäftigungssituation kommt eine Frage, um die man trotz aller Utopie nicht herumkommt. Wer, bei aller

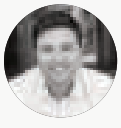
Liebe, soll das bezahlen? Würden 83 Millionen Bundesbürger jeden Monat 1.000€ bekommen, wären das im Monat 83 Milliarden Euro, im Jahr damit rund eine Billionen Euro. Das Volumen des Bundeshaushalts beläuft sich im Jahr 2021 auf fast 500 Milliarden Euro – inkl. rund 200 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme. Würde man also alle anderen Ausgaben streichen und jedes Jahr 200 Milliarden Euro Schulden aufnehmen, würde das zur Finanzierung des BGE aus Bundesmitteln gerade einmal zur Hälfte reichen; ein unmögliches, geradezu staatsschädigendes Unterfangen. Dennoch lohnt es sich, die richtigen Ansätze aus der Idee des BGE mitzunehmen: Ja, viel zu viel Geld versickert in der Bürokratie, anstatt bei denjenigen anzukommen, die es brauchen. Natürlich kann das nicht im Sinne eines effizienten und modernen Sozialstaats sein. So ist die Idee des Liberalen Bürgergelds entstanden. Das ihr zugrundeliegende Prinzip der negativen Einkommensteuer stammt von Milton Friedman aus den 1960er-Jahren. Die große Tradition dieser Idee und die Finanzierbarkeit hat dieses Modell allen anderen voraus:

Ab einem bestimmten Einkommenssatz wird die Steuer fällig; darunter erhält jeder einen festzulegenden Prozentsatz der Differenz zum Minimalbetrag. So wird einerseits ein Anreiz zum Arbeiten geschaffen, andererseits fängt der Staat sozial Schwache durch ein einfaches, sicheres Netz auf. Dadurch, dass eben nicht der Milliardär in dem Fall eine staatliche Transferleistung erhält, ist das Liberale Bürgergeld fair in dem Sinne, dass individuelle Ungerechtigkeiten nicht im Übermaß entstehen, und es ist bezahlbar, vielleicht sogar günstiger als der bisherige Sozialstaat, der uns immerhin gut die Hälfte des Bundeshaushaltes kostet.

Aus meiner Sicht ist das in Verbindung mit den im Wahlprogramm beschriebenen Veränderungen – weniger Bürokratie, höheres Schonvermögen, bessere Hinzuverdienstregeln – der große sozialpolitische Wurf. Doch in der öffentlichen Debatte fristet das Liberale Bürgergeld bisher ein Schattendasein. Stattdessen laufen die Selbstklärungsdebatten der SPD über die Agenda 2010 rauf und runter, ohne dass jemandem geholfen ist.

Die kleinen Schrauben, an denen gedreht werden soll, wie die sachgrundlose Befristung oder der Einkommensnachweis, prägen den politischen Austausch. Ich finde, wir sollten selbstbewusst unser Konzept nach vorne stellen: Sein größtes Problem ist vielleicht, dass es zwar vieles einfacher macht, aber noch nicht ausreichend erklärt wurde; „Liberales Bürgergeld“ ist eine Chiffre, mit der wenige etwas anfangen können.

Wir haben die richtigen Mittel und Personen, um dieses sozialpolitische Feld zu erobern. Aus meiner Sicht gilt ohne Zweifel, dass wir die großen Veränderungen im Sozialsystem auch in möglichen Regierungsverhandlungen nach vorne stellen sollten. Vielen Menschen würde damit unmittelbar geholfen und vielleicht sogar die berechtigte Sorge vor übermäßigen Belastungen angesichts anstehender Veränderungen etwas gemildert. Und: Die SPD fordert ein Bürgergeld, die Grünen eine Garantiesicherung und die CDU will den Kanzler stellen. So wahnsinnig schlecht wird unsere Verhandlungsposition bei einem guten Wahlergebnis also nicht sein. Und es lohnt sich. Bei Wikipedia steht im Artikel zum Liberalen Bürgergeld: „Siehe auch: Soziale Marktwirtschaft“. So ist es.



MAX MORDHORST (25) ist Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Schleswig-Holstein und Jura-Student. Er ist außerdem Bundestagskandidat im Wahlkreis Kiel-Altenholz-Kronshagen. Du erreichst Max unter *maximilian.mordhorst@julis-sh.de*.

WIR BRAUCHEN EINE ZUKUNFTS-KOALITION FÜR DEUTSCHLAND!

Die Bundestagswahl am 26. September ist wohl die spannendste seit über 15 Jahren. Das liegt nicht nur daran, dass Deutschland einen neuen Bundeskanzler wählt. Auch wer stärkste Kraft wird und welche Regierungskoalitionen möglich und realistisch sind – all das ist noch offen.

Als Liberale können wir der Wahl gleichermaßen mit Spannung und Gelassenheit entgegenblicken. Mit Spannung, weil der Gesamtausgang ungewiss ist. Mit Gelassenheit, weil wir so stark und geschlossen sind wie schon lange nicht mehr. Alle Umfrageinstitute sehen uns seit Monaten zweistellig. Für uns ist zudem klar, dass die Inhalte zählen. An Koalitionsspielchen beteiligen wir uns daher nicht. Klar ist nur: Die Große Koalition ist in den letzten acht Jahren zum Synonym für Stillstand geworden und hat ausgedient. Wir brauchen nach der Wahl am 26. September eine Regierungskoalition, die endlich die Weichen stellt, um unser Land zukunftsfähig aufzustellen. Bei den drei wichtigsten Themen für künftige Generationen – bei Bildung, Klimaschutz und Rente – braucht es endlich mehr politischen Mut und vor allem neue Ideen.

Ab 8 Uhr im Reformstau

Der Reformstau unseres Landes ist für junge Menschen nirgendwo täglich spürbarer als im Bereich der Bildungspolitik. Der Bildungsförderalismus mit seinem Kooperationsverbot ist das wohl untauglichste Konstrukt, um faire Bildungschancen im gesamten Land zu ermöglichen. Das Wettbewerbsargument ist an dieser Stelle fast schon lächerlich. Und das sagen wir, obwohl wir Wettbewerb eigentlich lieben. Doch Schülerinnen und Schüler haben nun einmal nicht wirklich die Auswahl, ob sie in Brandenburg oder in Niedersachsen zur Schule gehen. Deshalb müssen wir

dafür sorgen, dass der Bildungsförderalismus grundlegend reformiert wird und für eine Qualitätsoffensive für die Bildung in ganz Deutschland genutzt wird.

Ebenfalls eine Generalüberholung braucht das ehemalige Bildungsaufstiegsgesetz Nummer eins – das BAföG. Jedes Jahr sinkt die Zahl der BAföG-Empfänger weiter und Bildungsministerin Karliczek muss jedes Jahr mehrere Hundertmillionen Euro nicht verausgabte BAföG-Mittel an ihren Kabinettskollegen Olaf Scholz „zurücküberweisen". Das liegt nicht daran, dass Studierende heute im Geld schwimmen, sondern an Bürokratie und Bemessungsgrenzen, die viele Studierende durchs Raster fallen lassen. Das Einkommen der Eltern oder des Bruders (ja, auch das Azubigehalt von Geschwistern wird bei der BAföG-Berechnung einbezogen) dürfen nicht darüber entscheiden, welche Bildungschancen junge Menschen in diesem Land haben. Das BAföG muss daher endlich elternunabhängig gestaltet werden.

Niemand folgt Verbotspredigten

Über Klimaschutz wird seit einigen Jahren zumindest intensiv geredet. Das haben wir aber nicht der Regierungskoalition zu verdanken, sondern Fridays for Future. Eigentlich peinlich, wenn man erst streikende Schülerinnen und Schüler braucht, um ein Jahrhundertthema als dringend zu erkennen. Auch ich bin überzeugt: Deutschland muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen. Aber: Auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Wirtschaft und Lebensweise wird uns die Welt nicht folgen, wenn wir Verbote und Verzicht predigen. Viele Regionen der Welt erleben jetzt den Wohlstandszuwachs, den Deutschland bereits mit dem Wirtschaftswunder der 50er-Jahre durchlaufen hat. Wie dekadent und überheblich ist es, jetzt anderen Ländern zu erklären, sie dürfen nicht Auto fahren, sollen Fernreisen unterlassen, kein Fleisch essen und auf Wirtschaftswachstum verzichten. Wir können nur durch klimafreundliche Innovationen eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu ist der Emissionszertifikatehandel der beste Weg. Denn er schafft es, Klimaschutz marktwirtschaftlich zu organisieren und Emissionen nicht nur zu bepreisen, sondern effektiv zu limitieren und Innovationen zu fördern.

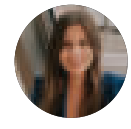
Die Rente ist nicht sicher

Die Rente ist nicht sicher. Wer etwas anderes erzählt, ist entweder in den 80ern hängengeblieben oder SPD-Finanzminister mit einem Sparbuch aus den 80ern. Schon jetzt fließen über 100 Milliarden Euro jährlich aus dem Bundeshaushalt in die Rente. Niemand kann es schönreden: Die umlagefinanzierte Rente ist gescheitert, wenn sie einen solch enormen Zuschuss braucht. Und die Babyboomer sind aktuell noch mehrheitlich Steuerzahler und nicht Rentenempfänger – besser wird's in den nächsten Jahren also nicht. Wer sich heute einer grundlegenden Rentenreform verweigert, handelt haushaltspolitisch grob fahrlässig. Denn künftige Generationen haben nicht nur längere Erwerbsbiografien und Mini-Renten zu erwarten. Der wachsende Schuldenberg nimmt auch jeden Spielraum für Zukunftsinvestitionen.

Die nächste Bundesregierung muss also definitiv eine radikale Rentenreform auf den Weg bringen. Dabei helfen kann ein Blick zu unseren schwedischen Nachbarn. Mit einem kapitalgedeckten Rentensystem und einem flexiblen Renteneintritt ist den Schweden vor 20 Jahren die Trendwende gelungen. Genug Zeit, um anzuerkennen, dass wir es ihnen nachmachen sollten. Auch bei der privaten Vorsorge haben wir mehr verdient, als Scholz' Empfehlung, das Geld doch aufs Sparbuch zu packen – mit gigantischen 0,01 Prozent Zinsen. Die Anlagekultur wurde in den letzten Jahren radikal demokratisiert. Zeit, dass auch die Politik etwas dafür tut, dass Kleinanleger vom Aktienmarkt profitieren können. Die Kapitalertragsteuer muss einer Spekulationsfrist weichen und der Sparerfreibetrag deutlich angehoben werden.

Es gibt viel zu tun für die Zukunft des Landes

Auch wenn der Ausgang der Bundestagswahl unklar ist, eines ist klar: Ein „Weiter so!" darf es nicht geben. Ganz egal, welche Partei den nächsten Bundeskanzler stellt. Die nächste Bundesregierung muss eine Fortschrittskoalition werden, die sich nicht nur von Reförmchen zu Reförmchen hangelt, sondern eine Vision für die Zukunft unseres Landes entwirft. Eine Fortschrittskoalition kann übrigens viele Farben haben – das Gelb aber definitiv eine davon sein muss, ist ja wohl klar.



LAURA SCHIERITZ (23) ist die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen und kandidiert im Wahlkreis 64 (Cottbus - Spree-Neiße) und auf Landeslistenplatz 3 für die FDP bei der Bundestagswahl. Sie hat ihr 1. Staatsexamen im Lehramt abgeschlossen und promoviert nebenberuflich im Bereich der politischen Bildung. Ihr erreicht sie unter *schieritz@julis.de*.

LIBERALE BUCHEMPFEHLUNG

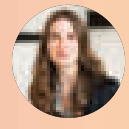
„Und dennoch...“

Hildegard Hamm-Brücher

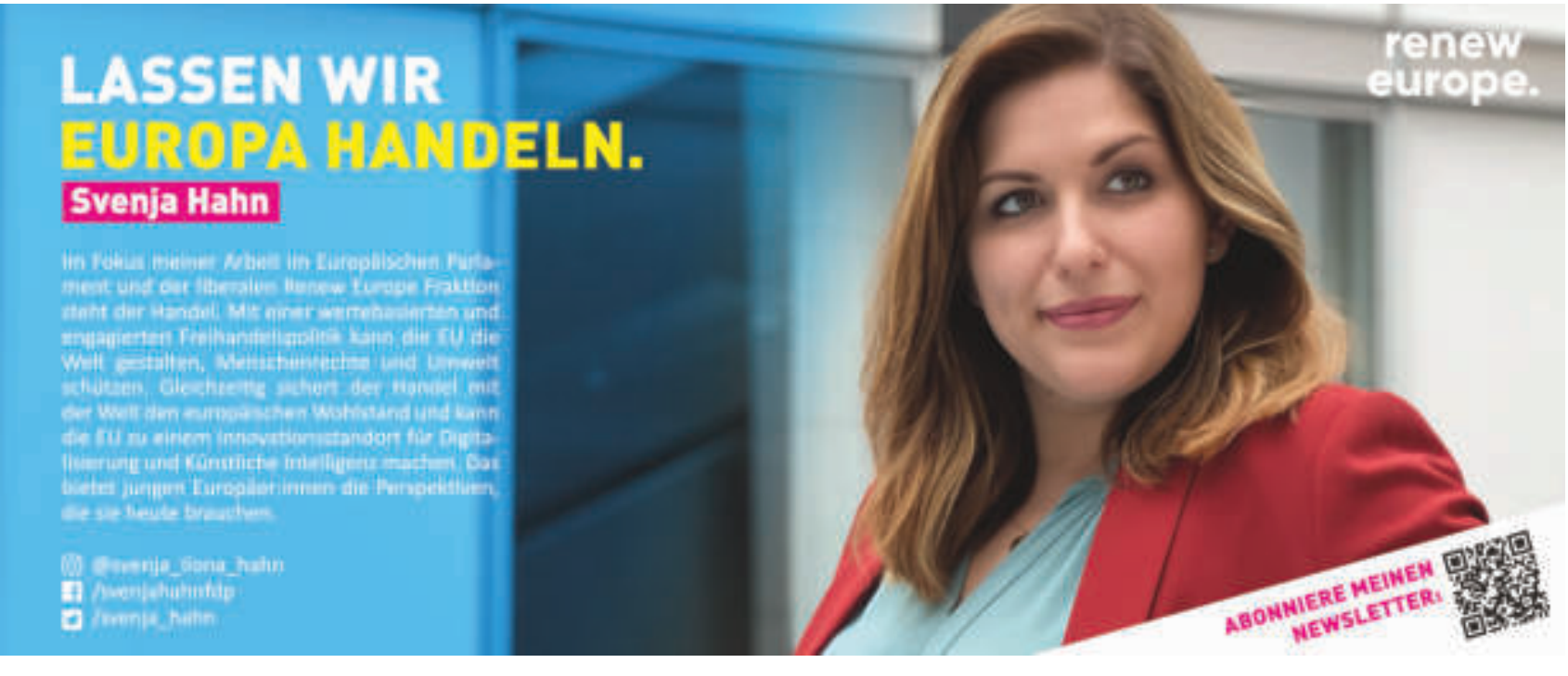
Bildung als Bürgerrecht

Wer von Euch kennt Hildegard Hamm-Brücher? Für alle, die jetzt anfangen zu googeln: Genau deswegen habe ich mich für diese Buch-Rezension entschieden. In ihrem Buch „Und dennoch...“ berichtet Hamm-Brücher über ihr Leben in und um die Politik: Vom Einzug in den bayrischen Landtag 1950 bis zu ihrer Kandidatur als Bundestagspräsidentin 1994. Neben ihrem politischen Werdegang setzt Hamm-Brücher in ihrem Buch auch inhaltliche Akzente. Einer der spannendsten davon: Bildung als Bürgerrecht – ein Thema, dass auch heute noch brandaktuell ist. Der Titel beruht auf dem Buch eines weiteren großen Liberalen: Ralf Dahrendorf. Wie schon Dahrendorf plädiert auch Hamm-Brücher dafür, dass Bildung zwingend ein Bürgerrecht sein muss, welches jeder und jedem chancengerecht zuteilwerden muss. Sie plädiert zusätzlich dafür, Bildung als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern anzusehen – nicht im zentralistischen Sinne, sondern in jenem einer gesamtstaatlichen Verantwortung. Daneben hält die Liberale ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Schulautonomie: Weg vom Gängelband des Staates, weg von Denkverboten und Tabus – hin zur selbst verantworteten Erprobung neuer Formen des Lernens und Lebens in der Schule.

„Und dennoch ...“ ist für all diejenigen, die den Werdegang und das Denken einer großen Liberalen kennenlernen möchten eine Pflichtlektüre. Ihre inhaltlichen Einwürfe sind auch heute noch brandaktuell, ihre Sichtweise auf die Dinge erweitert den Horizont. Ich würde behaupten: Das Wirken Hamm-Brüchers sollte insbesondere die junge Generation der Jungen Liberalen in allen Facetten kennenlernen.



ANNA NEUMANN (26) ist die stellvertretende Landesvorsitzende für Programmatik der JuLis NRW. Sie kandidiert zudem im Wahlkreis 139 Ennepe-Ruhr-Kreis II für den Deutschen Bundestag. Anna erreichst du unter *anna.neumann@julis-nrw.de*.



LIBERALE SPORTPOLITIK

Gibt es ein „klassische“ liberale Sportpolitik? Die Antwort darauf ist wohl nein. Und dennoch ist der Sport mit all seinen Rahmenbedingungen ein Bereich, der für uns als Junge Liberale besonders wichtig ist.

Im Sport gelten – mehr als in anderen Bereichen – Werte wie Eigenververantwortung oder Teamgeist. Durch Disziplin und Fleiß kommt man in der Regel voran und Leistungsprinzipien sind alltäglich und positiv besetzt. Auch im Verbandswesen sind ein hohes Maß an Autonomie und Subsidiarität Ordnungsprinzipien, die unserem Selbstbild entsprechen. Doch der Sport ist vielseitig und daher auch auf verschiedenen Ebenen anzusetzen. So werden die Rahmenbedingungen für den Breitensport auf Landesebene sowie in den Kommunen geschaffen, während die entscheidenden Stellschrauben für einen erfolgreichen Spitzensport auf Bundesebene gestellt werden.

Sport ist aber auch als Einsatzfaktor vielseitig. Er ist das beste Mittel zur Gesunderhaltung, wirkt sich positiv auf Physis und Psyche aus, ist gut für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen, Wirtschaftsfaktor für unsere Volkswirtschaft, aber auch ein wichtiges Instrument für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist Integrations- und Inklusionsmotor. Gerade der Breitensport mit den Sportvereinen, die zu einem sehr großen Teil ausschließlich ehrenamtlich geführt werden, ist mit seinen über 24 Millionen Mitgliedern gesellschaftliches Rückgrat. Doch der Sport hat in den letzten zwei Jahren unter den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie besonders gelitten: Keine Trainingsmöglichkeit außer für wenige Spitzensportler, kaum Wettkampfbetrieb oder langwierig geschlossene Fitnessstudios, haben nicht nur zu unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen, sondern auch zu Mitgliederverlusten in allen Landessportbünden, hohen Verlusten in der gesamten Sportbranche, aber auch einer Schwächung des gesamten, nun wieder anlaufenden, Punktspiel- und Wettkampfbetriebs im ehrenamtlichen Bereich geführt.

Der Sport an sich ist aber auch politisch. Er verkörpert wichtige gesellschaftliche Werte. Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein, Toleranz, Teamgeist, Disziplin und Fairness sind nur einige dieser Werte, die unsere Gesellschaft, unser Miteinander, unser Leben in und außerhalb dieser Sportfamilie bereichern. Diese Werte sind auch nicht verhandelbar. Und dennoch ist der Sport als völkerverbindendes und internationales Phänomen ein Faktor des Friedens, des Austauschs und der Völkerverständigung. Die Geschichte hat daher auch gezeigt, dass Boykotte von Großveranstaltungen stets der falsche Weg sind. Sie treffen in erster Linie die Sportler und bringen keine Fortschritte. Vielmehr sollten insbesondere Menschenrechte und die Werte des Sports bei der Vergabe von Großveranstaltungen eine entscheidende Rolle spielen. Doch warum sollte man im Bereich Sport im September zur Bundestagswahl die FDP wählen und was erwartet die Sportpolitik auf Bundesebene in den nächsten Jahren? Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfte des Sports wieder zur Entfaltung bringen und gestalterische Freiräume öffnen. Daher darf es auch im Sport nur so viel Bürokratie wie unbedingt nötig geben. Übertriebene staatliche Gängelung hemmt die Entwicklung der gesamten Sportlandschaft. Auch der Zustand der Sportstätten, die Auswertung der Spitzensportreform und Perspektiven insbesondere für die olympischen Sportarten, das Thema eSport, wie auch die Arbeit mit den zahlreichen Sportverbänden werden eine Rolle spielen. Besondere Belastungen, wie in Zeiten der Pandemie, sind bei der Spitzensportförderung besonders zu berücksichtigen. Das Potenzialanalysesystem (PotAS) muss dabei vereinfacht und transparenter werden.

Großveranstaltungen wie die Olympischen Spiele und Welt- und Europameisterschaften, müssen wieder als Chance und Bereicherung wahrgenommen werden. Statt immer kostspieligeren Ansprüchen an den Eventfaktor des Sportes nachzugeben, muss der Fokus auf einer nachhaltigen Infrastrukturentwicklung mit frühzeitiger Einbindung der Bevölkerung liegen, die einen langfristig positiven Effekt der Veranstaltung auf die gesamte Gesellschaft nach sich zieht.

PHILIPP HARTEWIG (26) ist Rechtsreferendar in Dresden, stv. Landesvorsitzender der FDP Sachsen und ehemaliger Landesvorsitzender der JuliA Sachsen. Als Vizepräsident des Kreissportbunds Mittelsachsen macht er sich insbesondere für die Belange des Sports stark. Im Herbst kandidiert Philipp im Wahlkreis 161 Mittelsachsen für den Bundestag. Ihr erreicht ihn unter *hartewig@fdp-sachsen.de*.

WIR FÜR

ÜBER 90 JUNGE LIBERALE KANDIDIEREN AM 26. S
WIR WÜNSCHEN EUCH ALLEN VIEL ERF

R BERLIN.

. SEPTEMBER FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG.
RFOLG UND STARKE WAHLERGEBNISSE!

COLLAGE NICHT VOLLSTÄNDIG.

Bildungspolitik ist ein Thema, zu dem jeder eine Meinung hat. Schließlich waren wir alle mal in der Schule. Entweder hat man vor allem schlechte Erfahrungen gemacht und glaubt, Lehrkräfte seien faul und aus dem letzten Jahrhundert oder man hatte gute Erfahrungen und fordert gerne neue Schulfächer. Bei den meisten wird die Wahrheit irgendwo in der Mitte liegen.
Wenn wir über Bildung sprechen, sprechen wir meist über diese „weltbeste Bildung“. Wir sprechen über Tablets für jeden Schüler, über eine leistungsabhängige Bezahlung von Lehrkräften und darüber, wie die Schulen endlich aus der Kreidezeit herauskommen können.

Doch schauen wir uns die Realität an Berliner Schulen an, werden die meisten erst mal schlucken müssen. Ganze 8 % der Schüler in Berlin haben im Jahr 2020 die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Das ist dramatisch, denn dies sind viele junge Menschen ohne wirkliche Perspektive im Leben, ist doch der Schulabschluss das Eingangstor für eigentlich alles im Leben.

Bundespolitisch setzen wir uns z. B. für eine höhere Vergleichbarkeit von Abschlüssen unter den Bundesländern ein. Das ist richtig und wertvoll, aber vielleicht sollten wir uns auch dafür einsetzen, dass die Bundesebene generell mehr Kompetenzen in der Bildungspolitik erhält? Denn aktuell kann dort jeder zu sehr sein Süppchen kochen. Bayern und Baden-Württemberg brüsten sich mit den schwierigsten Abschlussprüfungen und klügsten Köpfen. Und Berlin? Das schafft es bei jedem 10. Schüler nicht einmal, ihn bis zum Schulabschluss zu bringen. Außerdem haben dort vor Kurzem erst wieder 700 Lehrkräfte gekündigt, weil die

Unterrichtsbedingungen so schlecht sind. Mit mehr Befugnissen könnte der Bund vielleicht einen Anfang machen, die Bildungschancen in den verschiedenen Bundesländern etwas anzugleichen.

Aber kommen wir zurück zu Berlin. Als Lehramtsreferendarin unterrichte ich an einer herausragend guten Schule. Jedoch sieht die Realität an den meisten Schulen in Berlin ganz anders aus: Die Toiletten sind eklig, der Putz kommt von der Decke, die Lehrer sind gestresst, weil überlastet und der Unterricht ist mittelmäßig, von digitalen Endgeräten für Schüler und Lehrer keine Spur. Dass der Großteil der Schulen in Berlin so aussieht, ist respektlos gegenüber der jungen Generation.

Schule ist der Gleichmacher in unserer Gesellschaft. In ihr können Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, Hartz-4-Familien oder Familien mit Migrationshintergrund so viel Wissen erlangen, dass sie Kanzlerin, Professor oder Ärztin werden können. So in der Theorie. Schule ist Aufstiegsförderer. Jedoch ist dies in der Praxis oft nicht

der Fall. Wir müssen unsere Schulen besser machen. Als Liberale geben wir oft ungern Geld aus, aber wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Wir müssen, vielleicht sogar auf Bundesebene, mehr Geld in die Schulen pumpen, damit diese Toiletten renovieren, den Putz erneuern, mehr Personal einstellen können und bei diesen Entscheidungen mehr Autonomie erhalten. Denn jede Schule weiß selbst, wo das Geld am dringendsten benötigt wird. Bürokratie und tausende Anträge bremsen die weltbeste Bildung. Dafür muss es neben Schulleitern auch Schulmanager geben, deren Hauptaufgabe etwa die Verbesserung der schulischen Infrastruktur sein kann. Wir schulden es den Schülern auch einmal etwas revolutionärer zu denken. Mir ist aufgefallen, dass einer der revolutionärsten Gedanken in der Bildungspolitik kleinere Klassen sind. Wieso? Das hört sich ja eigentlich super banal und schnöde an. Weil es unfassbar teuer ist. Kleinere Klassen bedeuten mehr Schulen, mehr Lehrkräfte und generell mehr Personal. Doch steigen auch die Aufstiegschancen um ein Vielfaches, wenn ein Schüler nur mit 15 weiteren Schülern gemeinsam lernt als mit 30. Wir sprechen oft davon, dass es mehr individuelle Förderung geben muss. So erreicht man diese. Der simultane Einsatz von zwei Lehrern in einer Klasse kann auch eine Option sein, jedoch ändert er nichts an der Beengtheit, Lautstärke und den begrenzten Möglichkeiten von einer 30-Schüler Klasse, wie sie in Berlin absoluter Standard ist.

Ich wünsche mir, dass wir die Digitalisierung in Schulen vorantreiben, aber darüber nicht die anderen, dringend benötigten Reformen vergessen. Sondern auch über die scheinbar weniger „sexy“ Forderungen, die einen so großen Unterschied machen können. Investieren wir, machen wir mal richtig das Portemonnaie auf für die Zukunft unseres Landes, denn sie hat es verdient!

ANNA KRYSZAN (26) ist Lehramtsreferendarin in Berlin, Bezirksvorsitzende der JuLis Berlin-Mitte und Spitzenkandidatin der JuLis Berlin zur Bundestagswahl. Sie kandidiert im Wahlkreis 75 Berlin-Mitte. Als angehende Lehrerin setzt sie sich besonders für weltbeste Bildung ein. Ihr erreicht sie unter *kryszan@julis.de*.

Porsche will in Tübingen eine Batteriezellenfabrik bauen. Das sind nicht nur neue wertvolle Arbeitsplätze. Das ist ein Zukunftsprojekt. Das sichert die im Ländle so wichtige Automobilindustrie. Das ist die Absicherung, dass die besten Sportwagen der Welt auch weiterhin von Schwaben gebaut werden und das die Stute auf der Haube nicht zum bloßen Verweis auf Historie wird.

Ein paar „Bruddler“, also Meckerer, waren natürlich sofort empört. Weil es um Hochleistungsbatterien geht und die ja gar niemand brauchen würde. Denn Sportwagen seien natürlich selbst dann ein böser Auswuchs des Kapitalismus, wenn sie weder Lärm noch Dreck machen. Doch alle anderen politischen Akteure begrüßten die Nachricht und von kommunaler, über Landes- bis zur Bundesebene wollte jeder Politiker sich diese tolle Entwicklung anheften.

Verzögert wird das Projekt im Moment nicht durch die übliche Bürokratie beim Bauantrag und die zahlreichen Gutachten, die vorliegen müssen. Es wird stattdessen auf die Anerkennung als IPCEI-Projekt (Important Project of Common European Interest) gewartet, denn mit diesem Label ploppt der Korken der Staatskasse und Subventionen sprudeln heraus wie Sekt auf dem Podium eines Formel 1 Rennens.

LASSEN SIE MICH DURCH, ICH BIN GROß!

Anzeige

Drei Milliarden hält der Wirtschaftsminister für die Batteriezellenproduktionsförderung bereit. Und da sich alle einig sind, dass es sich bei dieser Entwicklung um eine gute Sache handelt, werden alle Mechanismen, die den Staat aus der aktiven Wirtschaftsgestaltung raushalten sollen, ausgeknipst.

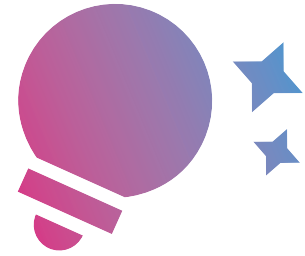
Seit der Taufe des Ludwig-Erhard-Saals in seinem Ministerium hat Altmaier nichts mehr für die Soziale Marktwirtschaft getan, und dabei bleibt er sich auch hier treu. Die grünen Kretschmann und Palmer winken mit Ausnahmegenehmigungen für den Bau in einem Gewerbegebiet, in dem eigentlich keine Produktionsbetriebe vorgesehen waren.

Na dann, wo ist das Problem? Die schwäbischen Sportwagen sind doch bald gerettet. Die Politik hat doch den Weg freigemacht. Sie hat doch gefördert, wo es nötig war. 99,5% der Unternehmen in Deutschland sind KMU's, also kleine und mittelständische Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. Die haben keinen Namen, der Termine mit den Ministern persönlich ermöglicht. Die haben auch keine riesige Rechtsabteilung, die sich Monate lang damit beschäftigen kann, wie man möglichst alle möglichen Fördertöpfe gleichzeitig anzapft, und die haben meistens auch kein perfekt steueroptimiertes Unternehmensgeflecht.

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ging an diesen Unternehmen vorbei. Insbesondere die Innovationspolitik ging an ihnen vorbei. Sie stellen häufig einzelne, kleine, aber ganz entscheidende Bauteile her, die die notwendige Bedingung eines innovativen Produkts sind. Aber wenn ein Unternehmen, das Dichtungen für Wasserstofftanks herstellt, einen Erweiterungsbau plant, kommt natürlich keine Unterstützung vom Ministerpräsidenten persönlich. All die Hürden, die für die Großen bei Seite geräumt werden, stehen ihnen im Weg. Für die Zukunft müssen wir unsere gesamte Wirtschaft entfesseln. Ideologische Lieblingskinder zu haben, ist falsch und fahrlässig. Die bestehende Förderkulisse ist in hohem Maße unfair und verzerrt den Wettbewerb zwischen den Unternehmen.

Wir müssen diesen staatlichen Interventionismus eindämmen und stattdessen für alle Unternehmen attraktive und faire Bedingungen schaffen. Denn sie können die notwendige Transformation aus eigener Kraft stemmen, wenn sie nicht an allen Ecken und Enden vom Staat gegängelt und belastet werden.

JULIAN GRÜNKE (25) studiert Politikwissenschaften und BWL in Tübingen. Außerdem tritt er im Wahlkreis 290 Tübingen für die Bundestagswahl an. Du erreichst Julian unter *julian.gruenke@julis.de*.



UMWELT-SCHUTZ LIBERAL GEDACHT

Klimaschutz und der Umweltschutz sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir können Umweltschutz nicht denken, ohne das Klima im Allgemeinen zu schützen. Gleichzeitig nützt es uns aber auch nichts, das Klima zu „retten“ und dabei unsere Artenvielfalt und das komplexe Gefüge unserer Ökosysteme aus den Augen zu verlieren. Es liegt an uns Jungen Liberalen aufzuzeigen, dass es auch liberale Wege gibt, Umwelt und Klima zu schützen. Nicht zuletzt Fridays for Future hat das Thema in die breite Öffentlichkeit getragen. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, dass wir Fridays for Future oder den Grünen das Feld überlassen. Es gibt einen Weg abseits jeglicher Verbote von Fleisch, Verbrennungsmotoren, Kurzstreckenflügen und welche Ideen da noch kommen mögen.

Wie also können wir einen liberalen Umweltschutz konkret vorantreiben? Ganz wichtig ist es, die Menschen mitzunehmen auf dem Weg hin zur Einhaltung unserer Klima- und Umweltschutzziele. Wir müssen den Menschen klar machen, dass jeder seinen Beitrag dazu leisten muss. Wir setzen auf Selbstbestimmung in allen Lebenslagen. Dazu gehört aber auch eine gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen. Eine Verweigerungshaltung führt nur dazu, dass wieder über Verbote nachgedacht wird, um das Handeln des Einzelnen zu steuern. Beginnen wir also alle bei uns selbst und denken selbstbestimmt darüber nach, was wir zum Schutz der Umwelt beitragen können. Muss ich jeden Tag Fleisch essen? Kann ich das Auto mal stehen lassen? Kann ich einen Flug durch eine Zugfahrt ersetzen?

Überhaupt sollen wir besonders unser Konsumverhalten immer wieder hinterfragen. Unabhängig davon, dass unser hoher Fleischkonsum einen CO_2-Fußabdruck hinterlässt, geht es natürlich auch um artgerechte Haltung und Tierschutz. Keinem kann daran gelegen sein, dass Rinder, Schweine und Hühner eingepfercht werden und in ihrem eigenen Kot stehen. Die Vorstellung von der glücklichen Kuh auf der Weide ist eben gerade nicht Realität. Bessere Haltungsbedingungen bedeuten gleichzeitig, dass tierische Produkte teurer werden müssen. Aber wer weiß schon, wie viel ein Steak kosten muss, damit das Rind artgerecht gehalten wurde? Ich muss mich darauf verlassen können, dass ein Biosiegel oder eine Haltekennzeichnung wirklich stimmt. Und da hat Aldi uns zuletzt wohl einen größeren Verdienst getan, als es eine Fleischsteuer je könnte. Sie verbannen Billigfleisch aus ihren Märkten. Der Markt hat hier offensichtlich sich selbst geregelt; egal aus welchem Grund. Faire Produktionsbedingungen müssen wir aber nicht nur bei Tierprodukten gewährleisten. Das geht beim riesigen Wasserverbrauch für Avocados oder Baumwolle weiter und endet dort, wo chemische Abfallstoffe in Flüsse und Meere abgeleitet werden, weil das T-Shirt oder die Hose immer billiger produziert werden soll. Letztendlich schaden wir uns nur selbst, wenn irgendwo unser Ökosystem aus dem Gleichgewicht gebracht wird.

Wertschätzung für Produkte und Ressourcen bilden den Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften und schützen vor weiterer Ausbeutung unserer Welt. Innovative Lösungen und neue Technologien, die uns ressourcenschonend leben lassen, müssen durch Forschung und Entwicklung gefördert werden. Wir müssen global zusammenarbeiten, um Artenschutz effektiv zu gestalten,

Aufforstungen zu betreiben, Meeresschutzkonzepte zu entwickeln, Brandrodungen und Wilderei zu verhindern.

Neue Ideen und Konzepte können zum Nachdenken anregen und ein tieferes Bewusstsein schaffen. Besonders die Idee des Crowdfarming hat etwas sehr Reizvolles. Verbraucher und Verbraucherinnen werden zu Paten von Apfelbäumen, Ziegen oder Rebstöcken. Der Landwirt hat einen entsprechenden Preis für die Patenschaft festgelegt, zu dem er nachhaltig und fair produzieren kann. Im Gegenzug bekommen die VerbraucherInnen Äpfel, Ziegenkäse oder Wein bis vor die Haustür geliefert.

Wenn es am Ende darum geht, die Menschen beim Umweltschutz mitzunehmen, dann gehört auch Kompromissbereitschaft dazu. Wir müssen für den Klimaschutz mehr auf erneuerbare Energien setzen. Wenn dann aber Vorhaben scheitern, weil eine seltene Echse geschützt werden muss, dann fragen sich viele wohl zu Recht, wem wir den Vorzug geben. Dafür gibt es keine allgemeingültige Antwort und es muss wohl immer individuell entschieden werden, aber es muss eben eine Abwägung stattfinden. Und dieselbe Kompromissbereitschaft müssen auch die Bürger und Bürgerinnen an den Tag legen. Mit dem Motto „Windräder ja – aber nicht vor meiner Haustür“ werden wir auf Dauer nicht vorankommen.

Jede kleine Maßnahme wird in der Gesamtsumme einen großen Effekt haben. Und jeder kann etwas tun. Niemand muss vegan leben, nicht jeden Tag Fleisch reicht. Niemand muss sich zu Hause einschließen und nie wieder verreisen. Ich bin sogar der Meinung, dass die Welt zu bereisen, einen vieles klarer sehen lässt und für mehr Respekt und Toleranz unerlässlich ist. Niemand muss komplett auf sein Auto verzichten. Und niemand sollte den Spaß verlieren. Aber jeder sollte über sein Verhalten nachdenken und etwas mehr darauf vertrauen, wofür wir Liberale doch eigentlich stehen. Nämlich, dass sich der Markt auch nach dem Kaufverhalten der VerbraucherInnen richtet, vor allem wenn wir bereit sind, das Billigfleisch links liegen zu lassen.

THERESA LEY studiert in München Rechtswissenschaften und setzt sich für ideologiefreie Klimapolitik ein. Im Wahlkreis 216 Ingolstadt kandidiert sie im Herbst für den Bundestag. Du erreichst Theresa unter *theresa.ley@julis.de*.

Anzeige

WIE DEUTSCHLAND MIT MEHR FREIHEIT WIEDER WELTMEISTER WIRD

Ganz allein stand Thomas Müller beim Stand von 0:1 vor dem englischen Tor. Doch der Schuss ging daneben und wenige Minuten später beendeten die Engländer mit ihrem zweiten Tor alle deutschen Illusionen. Die Leichtigkeit, mit der die deutsche Elf aus dem Turnier geschossen wurde, der Mangel an Kreativität und Einfallsreichtum, ja die scheinbare Abwesenheit jeglichen Kampfes gegen die absehbare Niederlage, schockierte selbst diejenigen, die schon zuvor Böses ahnten. Was hat das mit der Bundestagswahl zu tun?

Über Deutschlands (Un)Fähigkeit bei der Bekämpfung der Coronapandemie ließe sich ähnliches schreiben. Acht Jahre Große Koalition waren acht Jahre Stillstand. Die Folgen der andauernden Zukunftsverweigerung haben sich in der Krise mit aller Deutlichkeit gezeigt. Wie die Nationalmannschaft braucht Deutschland einen Neuanfang. Erneuern wir unser Land und machen wir es besser als zuvor. Die Zukunft liegt aber nicht – wie von manchen gepredigt wird – in neuen Verboten, neuen Steuern und noch mehr Vorschriften. Was uns in die Krise geführt hat, kann nicht die Lösung sein. Die Pandemie hat nicht nur die Querdenker hervorgebracht, sondern vor allem ganz viele Menschen, die frei und ohne Zwang ihre Mitmenschen unterstützt haben, die selbstständig nach technischen und medizinischen Lösungen für die Pandemie gesucht haben. Deshalb liegt die Zukunft in mehr Freiheit und Eigenverantwortung.

Freiheit und Eigenverantwortung beginnen mit Bildung. Aber in Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Damit sich das ändert, müssen wir der frühkindlichen Bildung mehr Gewicht einräumen, um für gleiche Startchancen bei der Einschulung zu sorgen. In der Schule braucht es viel mehr individuelle Förderung. Dazu benötigen die Schulen nicht nur mehr Geld, sondern vor allem eine höhere Autonomie. Die Berufsausbildung braucht ein Update und junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, eine Zukunftsgarantie. Das BAföG muss endlich elternunabhängig werden. Mit Bildung beginnt sozialer Aufstieg, aber damit er gelingt, muss auch das Steuer- und Sozialsystem leistungsgerecht ausgestaltet sein.

Wirtschaftlicher Erfolg muss in Deutschland für jeden Menschen möglich sein. Statt sich darauf zu fokussieren, verkompliziert der deutsche Staat mit Bürokratie, hohen Steuern und ewig währenden Verwaltungsverfahren den Aufschwung.

In kaum einem Land sind die Steuern höher. Wir brauchen endlich Steuersenkungen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die Verwaltung muss so digital werden wie in Estland, damit Verwaltungsverfahren sich nicht mehr über Monate ziehen. Am wichtigsten aber ist es, die Regulierungswut einzudämmen. Jahr für Jahr werden neue Regeln geschaffen, die für sich genommen sinnvoll erscheinen, aber in der Summe die Ausübung der unternehmerischen Freiheit zunehmend erschweren. Wir brauchen mehr Mut, auch mal auf Regeln zu verzichten und Menschen zu vertrauen.

Neben der Digitalisierung gehört die Bekämpfung des Klimawandels und der demographische Wandel zu den großen Zukunftsthemen. Wir schlagen eine gesetzliche Aktienrente vor, um die Finanzierbarkeit der Rente auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sicherzustellen. Mit einem Europäischen Treibhauslimit wollen wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Das Treibhauslimit ist Anreiz und Rahmen zugleich für einen Wettbewerb um die klimafreundlichsten und günstigsten Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. Aber wir können sie meistern. Vertrauen wir auf das, was unser Land so stark gemacht hat: den Einfallsreichtum, die Ideen und das Streben der Bürgerinnen und Bürger nach Glück.

Machen wir unser Land besser als zuvor und vielleicht werden wir dann auch mal wieder Weltmeister.

NEMIR ALI (25) hat an der Universität Osnabrück Rechtswissenschaften studiert und ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Im September kandidiert er im Wahlkreis 039 Stadt Osnabrück 216 für den Bundestag. Du erreichst ihn unter *nemir@julis.de*.

Für Menschenrechtspolitik – auch auf kommunaler Ebene

Wer sich als JuLi oder junger FDP'ler in der Kommunalpolitik engagiert, der hört oft den Satz: „Wir kümmern uns hier um die Themen vor Ort." Dass dies im politischen Tagesgeschäft eine wichtige Leitlinie ist, steht außer Frage. Allerdings müssen wir uns in Zeiten einer weiter zunehmenden Globalisierung auch fragen, wie wir künftig auf internationale Entwicklungen reagieren wollen. Die Krisen der letzten Jahre – allen voran Corona – zeigen uns: Was anderswo in der Welt passiert, hat früher oder später auch Auswirkungen auf unser Leben vor Ort. Der Stau im Suez-Kanal oder die erschreckenden neuen Bilder aus Afghanistan sind zwei weitere Beispiele, die zeigen, wie uns Geschehnisse in anderen Regionen wirtschaftlich und politisch betreffen.

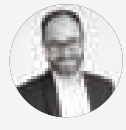
Für viele Städte und Gemeinden bedeutete diese Erkenntnis gleichzeitig den Eintritt in einen neuen Lernprozess. Verwaltung und Politik haben damit begonnen, sich neu zu vernetzen und mit internationalen Partnern auszutauschen. In den Regionen entsteht dadurch ein neues regionales Bewusstsein füreinander. Ein konkretes Beispiel: Meine Heimatstadt Flensburg befindet sich aktuell in Verhandlungen über eine neue Städtepartnerschaft mit der dänischen Stadt Esbjerg. Überhaupt spielt deutsch-dänische Zusammen-

arbeit in der nördlichen „Grenzregion“ eine zunehmend große Rolle, ebenso wie die Verbindungen in die baltischen Staaten. Gemeinsam starten wir Projekte und ermöglichen so zum Beispiel eine grenzüberschreitende Gartenschau.

Wo Licht ist, gibt es aber bekanntlich auch Schatten. Wenn man von der Kommune über den Tellerrand hinaus schaut, wird man früher oder später auch mit Problemen konfrontiert. Bleiben wir bei unserem Beispiel Flensburg: Durch die räumliche Nähe einiger Partner zu Belarus, hat die Debatte um die dortigen Menschenrechtsverletzungen auch hier vor Ort an Bedeutung gewonnen. Überhaupt erregt dieses Thema gerade im Ostseeraum nach wie vor Besorgnis. Für die Kommunen in der Region stellt sich daher die Frage, ob und wie hierauf reagiert werden kann. Sollte Kommunalpolitik sich in solchen Fragen überhaupt positionieren, und wenn ja, mit welchen Mitteln? Oder sollten solche Themen nicht lieber nur auf dem internationalen Parkett besprochen werden? Hier muss aus meiner Sicht klar sein: Bei internationaler Zusammenarbeit kann es nicht nur darum gehen, stellenweise positive Themen und Projekte anzustoßen. Es muss auch die Bereitschaft geben, sich auf Grundlage eines gemeinsamen Wertefundaments gegen Missstände zu positionieren. Als Liberale engagieren wir uns für genau diese Art der Politik. Mehr Freiheit und Menschenrechte weltweit ist bereits im Leitbild der FDP als wichtiges Ziel fest verankert.

Es steht uns daher gut zu Gesicht, wenn wir auch kommunal versuchen, mit Initiativen dahingehende zivilgesellschaftliche Projekte zu fördern und unsere Solidarität zu bekunden. Wie gut das kommunal funktionieren kann, zeigt uns in einem anderen Fall zum Beispiel die Initiative „Flagge zeigen für Tibet!“. Bereits über 450 Städte und Gemeinden haben sich dazu verpflichtet, im Rahmen dieser Initiative jährlich an einem Aktionstag teilzunehmen. Viel zu tun ist dafür nicht: Es muss lediglich am 10. März jeden Jahres die Tibet-Flagge vor dem Rathaus gehisst werden. Der Grund? Am 10. März wird dem tibetischen Volksaufstand gedacht, der 1959 durch die Kommunistische Partei Chinas gewaltsam niedergeschlagen worden ist. Solche Initiativen zeigen uns, dass vor Ort sehr wohl Zeichen in der Menschenrechtspolitik gesetzt werden können.

Als FDP-Ratsfraktion haben wir in diesem Jahr deshalb ebenfalls beantragt, dass Flensburg sich an dieser bundesweiten Aktion beteiligt. Die Reaktionen auf unseren Antrag waren sehr positiv, zeigten aber auch, dass der Menschenrechtskonflikt in Tibet nach wie vor zu wenig wahrgenommen wird. Auch deshalb ist eine Förderung solcher Projekte aus politischer Sicht sinnvoll. Dass wir uns als Liberale jedoch gerade in diesen Fragen ganz generell eine mutigere Außenpolitik Deutschlands wünschen, ist ein offenes Geheimnis. Möglicherweise bietet uns ja schon die Bundestagswahl im September die Chance, hier Prioritäten neu zu setzen. Zumindest unser Flensburger Antrag, der im Übrigen auf einen Impuls der Jungen Liberalen zurückzuführen ist, konnte schlussendlich eine breite Mehrheit auf sich vereinen. In diesem Sinne freue ich mich darauf, im kommenden Jahr am 10. März die ein oder andere Tibet-Flagge vor den Rathäusern im Land zu sehen.



CHRISTOPH ANASTASIADIS (26) ist seit 2020 Mitglied der Flensburger Ratsversammlung und kandidiert im Wahlkreis 001 Flensburg-Schwesig für den Bundestag. Du erreichst ihn unter *anastasiadis@fdp-flensburg.de*.

Impressum

jung + liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Franz Märtl (franz.maertl@julis.de)

AutorInnen: Charline Kappes, Maximilian Mordhorst, Laura Schieritz, Anna Neumann, Philipp Hartewig, Anna Kryszan, Julian Grünke, Theresa Ley, Nemir Ali, Christoph Anastasiadis

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Pascal Schejnoha

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an franz.maertl@julis.de schicken.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials von unsplash.com erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

Dieses Magazin wird gefördert vom

FÜR UNSERE GESUNDHEIT
FEIERT HEBAMME LINDA
JEDEN TAG GEBURTSTAG.
WIR SAGEN DANKE.
Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter **pkv.de/linda**
PKV | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER